



Newsletter *Bildung, Kinder und Jugend*, Ausgabe 364, 01.10.2010

Debatte um das Fach Biblische Geschichte in der Bürgerschaft - Grüne fordern Religionsunterricht

Roma nicht ins Kosovo abschieben

Regelsätze und Gesundheitsreform – Bundesregierung betreibt soziale Spaltung

Debatte um das Fach Biblische Geschichte in der Bürgerschaft – Grüne fordern Religionsunterricht

Seit 1947 wird in Bremen Biblische Geschichte auf allgemein christlicher Grundlage unterrichtet. Seitdem hat sich unsere Gesellschaft stark verändert. Sie ist vielfältiger geworden, auch in Glaubensfragen. Das Fach Biblische Geschichte leidet aus unterschiedlichen Gründen unter Akzeptanzproblemen. Es mangelt an Fachlehrkräften, wird nicht von SchülerInnen angewählt und fällt oft aus.

In der Debatte der gestrigen Bürgerschaft hat Anja Stahmann für die grüne Fraktion darauf hingewiesen, dass das Fach aus unserer Sicht in seiner angebotenen Form nicht mehr zeitgemäß ist. Wir Grüne setzen uns für eine Weiterentwicklung ein. Es sollte einen konfessionsübergreifenden Unterricht für alle geben, in dem Kenntnisse über verschiedene Religionen und Respekt für andere Religionen vermittelt werden. Der Dialog über verschiedene Religionen, ihre Gemeinsamkeiten, ihre Unterschiede und ihre Traditionen fördert das gegenseitige Verständnis füreinander. Dies kann für das Miteinander in der Gesellschaft durchaus positiv sein, denn Toleranz und Respekt werden gefördert. Die Niederlande praktizieren bereits dieses Modell in den Schulen mit hoher Zufriedenheit. Warum nicht auch bei uns?

Roma nicht ins Kosovo abschieben

Bremen soll Roma auch weiterhin nicht in das Kosovo abschieben. Die Ausländerbehörde soll zudem die Ermessensspielräume für die Gewährung langfristiger Aufenthaltstitel, insbesondere aus humanitären Gründen, ausschöpfen. Das sieht ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag von Grünen, SPD, FDP und Linke vor, der in dieser Woche im Landtag beschlossen wurde.

Dazu erklärt der innenpolitische Sprecher Björn Fecker: „Wir erwarten, dass nun auch keine Aufforderungen mehr zur freiwilligen Ausreise durch die Ausländerbehörde verschickt werden. Senator Mäurer muss versuchen, den Bund und andere Bundesländer für eine langfristige Bleiberechtsregelung für Roma zu gewinnen. Die massive Diskriminierung von Roma im Kosovo ist durch die Berichte des Menschenrechtskommissars des Europarates belegt. Auch vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte ist es unsere Pflicht, Roma zu schützen. Wir erwarten, dass sich auch der Bund und andere Bundesländer dieser Verantwortung stellen.“

Die integrations- und migrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh ergänzt: „Es ist ein Gebot der Stunde, den seit Jahren hier lebenden Roma-Familien endlich ein dauerhaftes Bleiberecht zu geben. Diese langfristige Lösung muss noch politisch erkämpft werden. Wir wollen, dass diese Menschen in Würde und Sicherheit leben. Wir brauchen im Ausländerrecht endlich Rahmenbedingungen, die die Integration der Betroffenen fördern und sie nicht in die Illegalität pressen.“

Den Antrag finden Sie hier:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/354/354361.antrag_keine_abschiebung_von_angehoerige.pdf

Regelsätze und Gesundheitsreform – Bundesregierung betreibt soziale Spaltung

Mit der Ankündigung, die monatlichen Regelsätze für erwachsene ALG-II-EmpfängerInnen um nur 5 Euro zu erhöhen und für Kinder und Jugendliche nur Sachleistungen im Wert von rund 10 Euro im Bildungsbereich zur Verfügung zu stellen, treibt die schwarz-gelbe Bundesregierung den Keil noch tiefer in den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Grundzüge der sogenannten Gesundheitsreform laufen im Wesentlichen nur auf Beitragserhöhungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Bevorzugung von Arbeitgebern, der Pharmaindustrie, den Fachärzten und Apotheken hinaus.

In der gestern dazu abgehaltenen Aktuellen Stunde kritisierte der grüne Fraktionsvorsitzende Matthias Güldner, dass die Bundesregierung bei der Neuberechnung der ALG-II-Regelsätze die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nach einem transparenten Verfahren unter Einbeziehung von Fachleuten nicht eingehalten habe. Und warf CDU und FDP vor, was die Grundprinzipien ihrer Gesundheitsreform waren: chaotische Entscheidungsfindung ohne Plan und klare Linie, Nichteinhalten von Wahlaussagen und Koalitionsvertrag, in permanentem Streit entstanden, Bevorzugung von Partikular- und Lobbyinteressen.

Zum Einhalten des Lohnabstandsgebots von Geringverdienenden zu Leistungsbeziehenden sagte Güldner: „Davon, dass Sie den Hartz-IV-Empfängern nur fünf Euro mehr geben wollen, haben die Niedrigverdiener überhaupt nichts. Das einzige, wovon sie etwas hätten, wären flächendeckende Mindestlöhne!“

Er machte deutlich, dass der so geringen Anhebung der Regelsätze auch noch eine Kürzung bei den Mitteln in der Arbeitsförderung und der Vermittlung in Arbeit gegenüber stehe. Bei der Gesundheitsreform kritisierte der Fraktionsvorsitzende die Schiefelage: „Es sind nicht nur Transferempfänger und Arme betroffen, auch die Normalarbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen werden einseitig zur Kasse gebeten und sind die Betroffenen der Gesundheitsreform!“ Während der Arbeitgeberanteil bei 7,3 Prozent eingefroren würde, müssten die Beschäftigten Beitragserhöhungen hinnehmen. Güldner warf der FDP vor: „Sie haben den Menschen vor der Wahl mehr Netto vom Brutto versprochen. Wenn Sie jetzt einseitig die Beiträge für die Beschäftigten erhöhen, ist das weniger Netto vom Brutto!“ Und er erinnerte daran, dass die Grünen schon seit Jahren die Einführung einer Bürgerversicherung forderten: „Das würde dazu führen, dass auch die mit einbezogen würden, die bisher nichts zu den Kosten des Gesundheitswesens beitragen. Das wäre nicht nur gerechter, das würde auch zu spürbaren Entlastungen bei den Kosten führen.“

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin
anja.stahmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-234)



Mustafa Öztürk, kinder- und jugendpolitischer Sprecher
mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-249)



Dr. Tobias Erzmänn, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend
tobias.erzmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-251)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.